

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Inhalt

Die 49. Landtagssitzung der XVII. Gesetzgebungsperiode 2

Aktuelle Stunde zum Leitspital im Landtag:

Bezirk Liezen: Leitspital sichert die Zukunft der Gesundheitsversorgung 3

Aufteilung der Gemeinde Murfeld beschlossen 5

**Steirische Volkspartei fordert Richtlinien für eine zeitgemäße, zielgruppenorientierte
Versorgung von psychisch kranken Menschen auszuarbeiten 6**

**Änderung des Gesetzes zur Anerkennung von Berufsqualifikation vom Landtag einstimmig
angenommen 7**

Die 49. Landtagssitzung der XVII. Gesetzgebungsperiode

Die 49. Landtagssitzung der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode fand am 02. April 2019 statt.

Die Tagesordnung umfasste insgesamt 13 reguläre Punkte. Die SPÖ hat eine Aktuelle Stunde zum Thema „Zukunft der Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen“ eingebracht. Landesrat Mag. Christopher Drexler wurde als zuständig bezeichnet.

Es gab eine Dringliche Anfrage und zwei Befragungen an Mitglieder der Landesregierung.

Ein Auszug der wichtigsten Inhalte der Sitzung findet sich auf den kommenden Seiten.

Aktuelle Stunde zum Leitspital im Landtag:

Bezirk Liezen: Leitspital sichert die Zukunft der Gesundheitsversorgung

Auf Antrag der SPÖ fand heute im Landtag die Aktuelle Stunde zur Zukunft der Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen statt. Faktenbefreite Debattenbeiträge der Oppositionsvertreter untermauerten die Notwendigkeit, die Tatsachen zum Leitspital abermals auf den Tisch zu legen.

Für VP-Klubobfrau Barbara Riener ist klar: „Wenn wir die Qualität der Gesundheitsversorgung für die Steirerinnen und Steirer aufrechterhalten und weiter verbessern wollen, ist das Leitspital als wichtiger Teil der gesamten Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen alternativlos! Eine zeitgemäße und hochqualitative Gesundheitsversorgung in der Steiermark ist das oberste Ziel dieser Koalition.“

„Die Faktenlage hat sich – trotz der durchschaubaren Manöver der Oppositionsparteien und des billigen Aktionismus – nicht geändert, das Leitspital Liezen ist gemeinsam mit den neuen Gesundheits- und Facharztzentren, mit den niedergelassenen Haus- und Fachärzten und dem exzellenten Rettungs- und Notarztwesen ein Garant für eine erstklassige Gesundheitsversorgung im Bezirk. Es wird ein kräftiges neues Leitspital mit breiter Versorgung, höheren Fallzahlen und mehr Qualität gebaut, für das 250 Millionen Euro investiert werden. Besonders wichtig ist: Kein Standort wird geschlossen! An allen bestehenden Krankenhausstandorten wird es Gesundheits- und Facharztzentren geben“, so die Klubobfrau.

„Die Aufgabe der Opposition ist es, kritisch zu sein, seit längerem aber zeigt sich, dass kaum konstruktive Kritik oder Beiträge im Interesse der Steiermark vonseiten der Oppositionsparteien kommen. Viel mehr versuchen sie sich mit marktschreierischem Vorwahlkampfgetöse gegenseitig zu übertrumpfen. Wir laden FPÖ, Grüne und KPÖ dazu ein, mit uns gemeinsam die Gesundheitsversorgung der Steirerinnen und Steirer abzusichern und weiterzuentwickeln. Mit der Verunsicherung der Bevölkerung politisches Kleingeld zu wechseln, können und wollen wir nicht hinnehmen. Deswegen haben wir heute im Landtag einmal mehr die Fakten auf den Tisch gelegt. Es gibt viele gute Gründe, warum sich Expertinnen und Experten, viele Bürgermeister und Ärzte für das Leitspital aussprechen. Die Menschen im Bezirk Liezen haben bei der Volksbefragung die Möglichkeit, ihre Stimme für eine erstklassige medizinische Versorgung in ihrem Bezirk abzugeben“, so Riener abschließend.

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Was wird im neuen Leitspital im Bezirk Liezen alles angeboten?

Im neuen Spital werden MEHR Fächer angeboten, als heute an allen drei Spitalstandorten zusammen. Erstmals gibt es im Bezirk Liezen das Angebot der Kinder- und Jugendheilkunde sowie eine neurologische Versorgung. Das neue Leitspital wird am Standort Stainach-Pürgg errichtet. Die Finanzierung erfolgt entweder klassisch aus dem Landeshaushalt oder über ein PPP-Modell.

- NEU: ambulante und stationäre fachärztliche Versorgung für Kinder (eine Ambulanz für Kinder- und Jugendheilkunde). Wenn es medizinisch sinnvoll oder notwendig ist, kann das kranke Kind in einem Bett auch im Krankenhaus bleiben und wird von Kinderärzten versorgt. (Überwachungsbetten).
- NEU: ambulante Neurologie (Erkrankungen des Nervensystems, Schmerzbehandlung, Schlaganfallversorgung) und Zusammenarbeit mit der Abteilung für Innere Medizin und der Abteilung für Neurologie in Bruck an der Mur.
- Akutgeriatrie und Remobilisation (Spezialmedizin für den älteren Menschen; nach Operationen eine rasche Wiederherstellung der Beweglichkeit).
- Chirurgie (Blinddarm, Gallenoperation usw.)
- Gynäkologie und Geburtshilfe (wenn alle Geburten des Bezirks an einem Ort stattfinden, wird die Qualität durch mehr Routine noch besser werden)
- Innere Medizin (Atmungsorgane, Herz-Kreislauf, Verdauungsorgane, Gefäßsystem, Nieren uvm.) inklusive Dialyse
- Orthopädie und Traumatologie (schwere Unfälle, geplante Operationen an den Knochen und Gelenken)
- Palliativmedizin (Begleitung von Sterbenden, vor allem für Krebspatienten)
- Radiologie (Röntgen)
- Intensiv-Medizin für Erwachsene (bei lebensbedrohlichen Krankheiten wie z.B. Herz-Kreislaufproblemen oder schweren Infektionen wie Lungenentzündung)

Welche medizinische Versorgung ist für den Bezirk Liezen insgesamt geplant?

Im Bezirk Liezen wird es bis zum Jahr 2025 ein neues Leitspital in der Gemeinde Stainach-Pürgg mit einem größeren medizinischen Angebot geben. In Rottenmann und Schladming werden Facharztzentren errichtet. In Admont, Liezen, Rottenmann und Schladming werden Gesundheitszentren entstehen. In Bad Aussee wird ein Gesundheitszentrum mit fachärztlicher Erweiterung entstehen. In der „Region Eisenwurz“ wird ein Gesundheitszentrum in einer Netzwerkvariante entstehen. Über den gesamten Bezirk verteilt wird es zusätzlich zu den Gesundheitszentren 26 Hausärzte und 24 Fachärzte geben.



Aufteilung der Gemeinde Murfeld beschlossen

Am 11. März 2018 stimmten 68,23 % der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Murfeld im Zuge einer Volksbefragung für die Aufteilung ihrer Gemeinde auf die angrenzenden Marktgemeinden Sankt Veit in der Südsteiermark und Straß in Steiermark. Das Ergebnis dieser Befragung wurde am 8. Mai 2018 durch den Gemeinderat der Gemeinde Murfeld bestätigt und die von der Aufnahme der Gebietsteile betroffenen Marktgemeinden erklärten ihre ausdrückliche Zustimmung zur Gebietsänderung.

Für die Aufteilung einer Gemeinde auf zwei oder mehrere angrenzende Gemeinden ist gemäß § 10 Abs. 2 GemO ein Gesetz erforderlich, dieses liegt dem Landtag nun zur Beschlussfassung vor.

Die Regierungsvorlage wurde einstimmig angenommen.

Steirische Volkspartei fordert Richtlinien für eine zeitgemäße, zielgruppenorientierte Versorgung von psychisch kranken Menschen auszuarbeiten

Zum Bericht des Rechnungshofes „Psychosoziale Angebote in den Ländern Salzburg und Steiermark“ vom 1. März 2019, haben ÖVP und SPÖ gemeinsam einen Entschließungsantrag eingebracht. Wie im Bericht ausgeführt, stellen psychische Erkrankungen für die Bevölkerung ebenso wie für das Gesundheits- und das Sozialsystem eine erhebliche und wachsende Herausforderung dar.

Seitens der Landesregierung wurde in dem eben genannten Bericht ausgeführt, dass die zuständigen Abteilungen (Abteilung 8 Gesundheit, Pflege und Wissenschaft sowie Abteilung 11 Soziales, Arbeit und Integration) beauftragt wurden, den Bedarfs- und Entwicklungsplan Sozialpsychiatrie 2013 zu evaluieren und zu aktualisieren und somit eine bedarfsorientierte Handlungsgrundlage für ein gemeinsames Vorgehen des Gesundheits- und Sozialressorts – entsprechend der budgetären Bedeckung – zu entwickeln. Weiters wird auch die Versorgung psychisch kranker Menschen mit adäquaten Wohnangeboten zu berücksichtigen sein. Daher sind somit zeitgemäße und entsprechende Vorgaben in den Bedarfs- und Entwicklungsplan Sozialpsychiatrie 2013 für eine bedarfsgerechte Versorgung einzuarbeiten.

Die Regierungsparteien fordern die Landesregierung daher auf, im Zuge der Evaluierung des Bedarfs- und Entwicklungsplanes Sozialpsychiatrie 2013 und der daraus gewonnenen Erkenntnisse Richtlinien für eine zeitgemäße, zielgruppenorientierte Versorgung von psychisch kranken Menschen auszuarbeiten und dem Landtag darüber zu berichten.

Der Entschließungsantrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und FPÖ angenommen.

Änderung des Gesetzes zur Anerkennung von Berufsqualifikation vom Landtag einstimmig angenommen

Das Gesetz über eine Anerkennung von Berufsqualifikationen (StGAB) wurde am 25.11.2016 in der Steiermark erlassen und dient der Umsetzung der Richtlinie 2013/55/EU zur Änderung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Verordnung über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarktinformationssystems („IMI-Verordnung“). Kürzlich hat die Europäische Kommission die korrekte Umsetzung der genannten Richtlinie in den Mitgliedstaaten überprüft und ist in Bezug auf Österreich zu dem Schluss gekommen, dass einige Bestimmungen der Richtlinie noch nicht konform umgesetzt wurden. Im Juli 2018 wurde somit ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Republik Österreich eingeleitet. Die Europäische Kommission wirft Österreich im Mahnschreiben zum Vertragsverletzungsverfahren Nr. 2018/2161 zusammengefasst die nicht vollständige bzw. nicht konforme Umsetzung einiger Artikel durch den Bund und alle Bundesländer im Zuge der Transparenzpflichten sowie der Anwendung des Europäischen Berufsausweises und der Regelung des partiellen Berufszugangs vor. Das Land Steiermark ist hier von der nicht korrekten Umsetzung des Art. 4c Abs. 1 über den Europäischen Berufsausweis und des Art. 4f über den partiellen Berufszugang betroffen. Die Novellierung des Steiermärkischen Gesetzes über die Anerkennung von Berufsqualifikationen dient daher der Herstellung eines europarechtskonformen Zustands.

Inhaltlich geht es dabei um die Verkürzung der Entscheidungsfrist auf drei Wochen beim Europäischen Berufsausweis für sonstige Dienstleistungen und die Entscheidung über partiellen Berufszugang auch von Amts wegen.

Die Regierungsvorlage wurde einstimmig angenommen.